

Round Tables mit Polizei und Journalist:innen

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DEMONSTRATIONEN UND VERANSTALTUNGEN

1

GEGENSEITIGES VERSTÄNDNIS AUF- UND AUSBAUEN

Beide Seiten sollten ihre Arbeitsweisen, Rahmenbedingungen und Perspektiven besser kennenlernen. Journalist:innen müssen nachvollziehen können, wie polizeiliche Einsätze ablaufen, welche rechtlichen Vorgaben und Zuständigkeiten bestehen und warum Entscheidungen in bestimmten Situationen schnell getroffen werden müssen. Umgekehrt sollte die Polizei wissen, wie Journalist:innen arbeiten, welche Informationen sie benötigen und warum sie für ihre Recherchen oft nah am Geschehen bleiben müssen. Ein Verständnis dafür, dass beide mit unterschiedlichen, aber gleichwertig schwierigen Anforderungen agieren, bildet die Grundlage für ein respektvolles Miteinander und verhindert Missverständnisse in der Praxis.

2

KOMMUNIKATION IM VORFELD

Ein regelmäßiger Austausch vor Demonstrationen und Großveranstaltungen kann Konflikten vorbeugen. Journalist:innen sollten sich bei potenziell gefährlichen Demonstrationen bereits im Vorfeld mit der Polizei austauschen, um Informationen über die erwartete Zahl der Teilnehmenden, das Eskalations- oder Gefahrenpotenzial und die Ansprechpartner:innen der Polizei (z. B. Mitarbeitende der Pressestelle; Einsatzleitung) zu erhalten. Dies kann das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten fördern und Missverständnissen, etwa Verwechslungen von Journalist:innen mit Teilnehmenden, vorbeugen. Gleichzeitig ermöglicht eine solche Absprache der Polizei, die Bedarfe der Journalist:innen in ihrem Einsatzkonzept besser berücksichtigen zu können.

3

KOOPERATION AUF BEIDEN SEITEN

Die Polizei sollte die Arbeit der Presse unterstützen, indem sie sie frühzeitig mit Informationen über den Demonstrationsverlauf versorgt, den Zugang zur Demonstration ermöglicht und sie vor Störer:innen und Aggressor:innen schützt. Die Entscheidung, welche Aufnahmen gemacht werden, liegt bei den Journalist:innen selbst. Sie sollten die Gefahrenhinweise der Polizei (z. B. Abstand zu potenziell übergriffigen Personengruppen einzuhalten) jedoch jederzeit ernst nehmen und in ihre Sicherheitsabwägung einfließen lassen. Beide Seiten sollten einen respektvollen Umgangston pflegen.

4

VERTRAUEN DURCH DIALOG STÄRKEN

Offene Gespräche über Erwartungen, Erfahrungen und Herausforderungen helfen, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Kurze Abstimmungen mit Einsatzleitungen können Missverständnisse vermeiden und die Zusammenarbeit vor Ort erleichtern. Beide Seiten profitieren, wenn sie Einblicke in die jeweiligen Arbeitsbedingungen erhalten – etwa durch gemeinsame Briefings, Workshops oder Übungen, die den Perspektivwechsel fördern.

5

SICHERHEIT UND ERKENNBARKEIT VERBESSERN

Ein wiederkehrendes Thema ist die Identifizierbarkeit von Journalist:innen. Pressewesten können helfen. Sie bergen aber zugleich das Risiko, Berichterstattende zur Zielscheibe zu machen. Hier gilt es, Lösungen zu finden, die sowohl Schutz als auch Sicherheit gewährleisten. Vorbildlich ist, wenn die Polizei im Vorfeld Schutzkonzepte entwickelt und Journalist:innen in gefährlichen Situationen gezielt unterstützt. Auch hier können der Dialog und das gegenseitige Kennenlernen wichtige Maßnahmen sein, um sich vor Ort zu erkennen.

6

BELASTENDE ERFAHRUNGEN ERNST NEHMEN

Sowohl Journalist:innen als auch Polizist:innen äußern das Bedürfnis nach Sicherheit – körperlich wie emotional. Negative Begegnungen können Vertrauen nachhaltig beeinflussen. Deshalb ist es wichtig, Erfahrungen aufzuarbeiten, Unsicherheiten anzusprechen und daraus konkrete Verbesserungen abzuleiten. Der Dialog sollte fortgeführt und in bestehende Netzwerke getragen werden, um die gewonnenen Erkenntnisse zu verstetigen.

BEST PRACTICES

Neben Handlungsempfehlungen wurden bei den Round Tables auch positive Erfahrungen und Beispiele für gelungene Zusammenarbeit angebracht. Wie sogenannte vertrauensbildende Maßnahmen aussehen könnten, verdeutlichten die Teilnehmenden anhand mehrerer Möglichkeiten:

- Mit einem regelmäßigen Pressestammtisch pflegt die Polizei ihre Kontakte zur Lokalpresse.
- Die Polizei lädt vor großen Demonstrationen mit entsprechend hohem Risikopotenzial für Journalist:innen zu Pressekonferenzen ein, in denen sie die Medien über zu erwartende Gefahren und ihre Schutzmaßnahmen für die Presse informiert. Gegenseitige Bedarfe und Zwänge können in diesem Rahmen offen ausgetauscht werden.
- Die Polizei nennt der Presse im Vorfeld ihre Ansprechpartner:innen. Häufig gibt es sogenannte Kommunikationsbeamt:innen oder Beamt:innen der Pressestellen, die durch neongelbe Westen mit entsprechender Aufschrift gekennzeichnet sind und die als Anlaufstelle für Fragen und Bedarfe von Journalist:innen dienen.
- Journalist:innen informieren die Polizei vorab darüber, dass sie von einer Demonstration berichten wollen und welche Orte, Szenen und Akteure für sie interessant sind. Die Polizei kann ihr Schutzkonzept dementsprechend anpassen und Verwechslungen mit Demonstrierenden vermeiden.
- Journalist:innen nehmen unmittelbar vor Beginn einer Demonstration Kontakt zu den Kommunikationsbeamt:innen oder den Einsatzleitenden auf.

ANSPRECHPARTNER:INNEN

Lukas Schöne

Senior Partner & Program Manager
Audio & Journalismus,
MedienNetzwerk Bayern
l.schoene@mediennetzwerk.bayern

Katharina Baer

Senior Partner & Program Manager
Video, TV & Streaming,
MedienNetzwerk Bayern
k.baer@mediennetzwerk.bayern

ÜBER DIE INITIATOREN

Das [MedienNetzwerk Bayern](#) ist eine Initiative der Medien.Bayern GmbH. Sie wird gefördert durch die Bayerische Staatskanzlei und die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM). Durch Veranstaltungen und Projekte schafft das MedienNetzwerk Bayern eine Plattform für den Austausch zu Trends und Herausforderungen der digitalen Transformation. Das MedienNetzwerk vernetzt sowohl die Medien-Teilbereiche in Bayern untereinander, als auch über Branchengrenzen hinaus.

Gemeinsam mit dem [Bayerischen Journalisten-Verband e.V. \(BJV\)](#) und dem [Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration \(StMI\)](#) veranstaltete das MedienNetzwerk Bayern bereits zum vierten Mal den Round Table zum Thema „Sicherheit von Journalist:innen auf Veranstaltungen und Demonstrationen“. Unterstützt wird das Projekt von der Bayerischen Staatskanzlei im Rahmen der Bayerischen Medienförderung. Die hier vorliegenden Handlungsempfehlungen wurden bei den vier Round Tables erarbeitet.